

# Wirtschaftliche Notizen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Schweizer Rundschau**

Band (Jahr): - **(1927)**

Heft 3

PDF erstellt am: **05.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Wirtschaftliche Notizen

### FRANKREICH

Die neulichen Interpellationen der Linksparteien in der französischen Deputiertenkammer und die Angriffe gegen die Finanzpolitik des Kabinetts Poincaré stützten sich vor allem auf die nach Ansicht der Interpellanten schon vorhandene oder doch in den nächsten Wochen bevorstehende Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Der Ministerpräsident und Finanzminister vermochte einen großen Teil der Angriffe ohne weiteres zu entkräften, indem er darauf hinwies, dass diese Krise schon seit Monaten als unmittelbar bevorstehend vorausgesagt worden sei, dass aber heute trotz einigen unvermeidlichen Störungen im Wirtschaftsleben die Arbeitslosenziffer noch unter Hunderttausend stehe, während sie in Großbritannien über eine Million, in Deutschland sogar nahezu zwei Millionen erreiche und selbst im kleinen Österreich doppelt so groß sei als in Frankreich.

Man kann sich fragen, ob die zuversichtliche Beurteilung der Lage durch Poincaré auch für die nähere Zukunft ihre Berechtigung habe, oder ob sie, wie es ihm seine Gegner vorwerfen, reichlich optimistisch gefärbt sei.

Vor allem können die Anhänger der seit 7 Monaten befolgten Finanzpolitik nicht mit Unrecht darauf hinweisen, dass selbst die erbittertsten Feinde Poincarés und die Verfechter einer Währungsstabilisierung auf dem niedrigen im letzten Sommer erreichten Niveau, so namentlich auch der frühere Finanzminister Caillaux, noch vor wenigen Monaten die Notwendigkeit einer « grande pénitence » betonten, die das Land auf dem Wege zur finanziellen Sanierung durchmachen müsse; und es ist nicht recht einzusehen, warum eine solche grande pénitence, wenn sie unter dem Regime eines kartelltreuen Finanzministers als eine notwendige und heilsame Kur bezeichnet wird, plötzlich aufhören soll, diese trefflichen Eigenschaften zu besitzen, nur weil ein Führer des verhassten nationalen Blocks eine Sanierungspolitik betreibt, welche gewisse Krisenerscheinungen im Gefolge hat.

Es lässt sich nicht bezweifeln, dass bei den Angriffen gegen die von Poincaré bisher befolgte Methode die politischen Animositäten eine weit bedeutendere Rolle spielen, als die sachlichen Argumente, obschon selbstverständlich auch in den Kreisen, die politisch dem heutigen Finanzminister nahestehen, und namentlich unter den Industriellen, die Revalorisierung des Frankens mit großer Besorgnis verfolgt wird. Sicherlich hat die als Folge der Steigerung der Valuta eingetretene Entwertung der Warenlager Handel und Industrie große Verluste zugefügt, womit ein großer Teil der in der vorangegangenen Inflationsperiode gemachten Scheingewinne wieder aufgezehrt wurde. Doch haben diese Verluste bisher eine ernstliche Arbeitslosigkeit nicht zur Folge gehabt, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Befürchtungen hinsichtlich einer weitem bedeutenden Verschlechterung der Lage sich etwas mehr, als gerechtfertigt wäre, auf Erfahrungen stützen, die anlässlich der

Deflationskrisen in andern europäischen Staaten gemacht wurden. Es wird ja auch fortwährend das Beispiel Großbritanniens, Deutschlands, Österreichs, der Tschechoslovakei, aber auch der Schweiz und Italiens herangezogen, welche sämtlich heute noch relativ weit höhere Arbeitslosenziffern aufweisen.

Dabei wird aber wohl zu wenig berücksichtigt, dass Frankreichs wirtschaftliche Struktur sich stark von derjenigen der eben erwähnten Länder unterscheidet. Bei diesen letztern handelt es sich um überbevölkerte, teilweise stark industrialisierte Staaten, die ihre überschüssige Bevölkerung nur vermittelt eines intensiven Exports industrieller oder landwirtschaftlicher Produkte ernähren können. Ein vorübergehendes Nachlassen der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte infolge zu hoher Erzeugungskosten muss sich unter solchen Umständen in bezug auf den Beschäftigungsgrad in um so schärferer Weise auswirken, als in normalen Zeiten der Anteil der für den Export arbeitenden industriellen, eventuell landwirtschaftlichen Produktion, an der Gesamtproduktion der Überwiegende ist.

In Frankreich aber liegen die Dinge wesentlich anders. Hier ist die Landwirtschaft noch immer der wichtigste Produktionszweig und zwar eine Landwirtschaft, welche mit Ausnahme des Weinbaues, dessen Erzeugnisse zu einem bedeutenden Teile der ausländischen Konkurrenz überhaupt nicht unterworfen sind, vornehmlich für den einheimischen Markt produziert. Auch bei manchen der wichtigsten Industrien des Landes liegen die Dinge ähnlich, indem die Mehrzahl derjenigen, welche als Exportindustrien angesprochen werden müssen, den Charakter von Luxusindustrien besitzen, welche eine monopolähnliche Stellung einnehmen und daher eine vorübergehende Verteuerung ihrer Produktionskosten bis zu einem gewissen Grade auf den ausländischen Käufer abwälzen können.

Es ist daher nicht erstaunlich, dass bisher trotz einer gewissen Verlangsamung der Geschäftstätigkeit und einem Nachlassen der Inflationskonjunktur von einer Arbeitslosigkeit im Ausmaße derjenigen, wie wir sie in den Nachbarstaaten erlebt haben und teilweise auch heute noch erleben, nicht gesprochen werden kann, und dass die zuversichtliche Beurteilung der zukünftigen Entwicklung durch Poincaré gerade in volkswirtschaftlich gebildeten Kreisen immer mehr an Boden gewinnt.